

OECD Bericht zweifelt die Wirksamkeit von freiwilligen Selbstverpflichtungen im Bereich der Umweltpolitik an

Freiwillige Selbstverpflichtungen in der Umweltpolitik werden in vielen OECD Ländern immer populärer, aber eine neue OECD Studie stellt ihre ökologische Wirksamkeit und ökonomische Effizienz in Frage. Die Studie stellt fest, dass es einige Fälle gibt, wo diese Konzepte die Umwelt verbessert haben. Sie äussert aber auch Zweifel über ihre ökonomische Effizienz, weil sich die Kosten für die Erzielung zusätzlicher ökologischer Verbesserungen zwischen den Verursachern der Umweltverschmutzung erheblich unterscheiden, was zum Teil dadurch bedingt ist, dass die Umweltziele für einzelne Unternehmen oder Sektoren und nicht auf nationaler Ebene festgelegt werden.

Freiwillige Konzepte umfassen Vereinbarungen zur Umweltperformance, die mit der Industrie und öffentlichen Programmen ausgehandelt werden, an denen sich Unternehmen auf freiwilliger Basis beteiligen können. Sie ergänzen oder ersetzen mehr und mehr andere umweltpolitische Instrumente wie Regulierungen, Steuern und handelbare Verschmutzungsrechte.

Die OECD Studie **Voluntary Approaches for Environmental Policy: Effectiveness, Efficiency and Usage in Policy Mix** liefert eine detaillierte Bewertung der Anwendung von freiwilligen Selbstverpflichtungen, die auf eine Reihe von neuen Fallstudien und eine erschöpfende Recherche zur verfügbaren Literatur aufbaut. Im Mittelpunkt der Analyse stehen freiwillige Konzepte, die entweder einzeln oder im Verbund mit anderen umweltpolitischen Massnahmen angewandt werden.

Die Studie zeigt, dass die unterschiedlichen administrativen und Transaktionskosten beträchtlich zwischen den verschiedenen freiwilligen Konzepten differieren. Wenn jedoch zu wenig Ressourcen für das Vorbereiten, Aushandeln und Durchsetzung von freiwilligen Selbstverpflichtungen aufgewendet werden, sind ihre umweltpolitischen Auswirkungen gering.

Die Untersuchung von Kombinationen verschiedener umweltpolitscher Instrumente deutet darauf hin, dass die Verknüpfung eines freiwilligen Konzepts mit anderen ökonomischen Instrumenten wie Ökosteuern oder handelbaren Nutzungsrechten ziemlich hohe zusätzliche Verwaltungskosten auslösen kann. Darüber hinaus können die ökologischen Wirkungen der anderen Instrumente verringert werden.

Presseexemplare der Studie können von der OECD Pressestelle (mailto:newd.contact@oecd.org) angefordert werden. Für weitere Informationen stehen Nils Axel Braathen, OECD Umweltdirektorat (Nils-Axel.Braathen@oecd.org oder Tel: 0033 1 4524 7697) oder Helen Fisher, OECD Pressestelle (helen.fisher@oecd.org oder Tel: 0033 1 4524 8097) gerne zur Verfügung.